

EUROPABERICHT



**Vertretung des Freistaates Bayern
bei der Europäischen Union
in Brüssel**



Aktuelle Entwicklungen auf der Europäischen Ebene

Politische Schwerpunkte und Europäisches Parlament

BELGISCHE RATSPRÄSIDENTSCHAFT: POLITISCHE SCHWERPUNKTE

Belgien hat am 01.07.2010 zum insgesamt zwölften Mal die Ratspräsidentschaft von Spanien übernommen. Der geschäftsführende belgische Regierungschef *Yves Leterme* bezeichnete als Schwerpunkte der Ratspräsidentschaft die Bewältigung der Wirtschafts- und Finanzkrise, die weitere Umsetzung des Lissabon-Vertrages, insbesondere die Errichtung des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD), die Rückkehr zu nachhaltigem Wachstum auf der Basis der G-20-Beschlüsse, den Klimaschutz, den weiteren Ausbau der Innen- und Justizpolitik sowie die Umsetzung der Wachstumsstrategie Europa 2020. Vor dem Hintergrund des innenpolitischen Schwebestandes bei der Bildung einer neuen Regierung wies *Leterme* ausdrücklich darauf hin, dass das Programm der Präsidentschaft mit allen Ebenen des Landes abgestimmt sei und dass Belgien „bestens“ auf den EU-Vorsitz vorbereitet ist (siehe auch die Beiträge aus den Ressorts).

Das Programm der belgischen Ratspräsidentschaft findet sich unter:

http://www.eutrio.be/files/bveu/media/documents/Programme_DE.pdf

TERMINE

Die wichtigsten Termine unter der belgischen Ratspräsidentschaft sind der informelle Europäische Rat am 16.09.2010 sowie die Europäischen Räte vom 28. – 29.10.2010 und 16. – 17.12.2010 unter dem Vorsitz von Ratspräsident *Hermann Van Rompuy*.

<http://www.eu2010.be/de>

WESENTLICHE ERGEBNISSE DER EP-PLENARSITZUNG VOM 05. – 08.07.2010 IN STRASBURG – ÜBERGABE DER RATSPRÄSIDENTSCHAFT; EUROPÄISCHER AUSWÄRTIGER DIENST; SWIFT; DECKELUNG VON BONI; KEIN KLONFLEISCH; FINANZAUF SICHTSPAKET VERSCHOBEN

Im Mittelpunkt der sehr umfangreichen Tagesordnung stand die Übergabe der spanischen an die belgische Ratspräsidentschaft, die Einigung zur Errichtung des Europäischen Auswärtigen Dienstes und die Zustimmung zur Aufnahme



von Beitrittsverhandlungen mit Island. Zudem debattierte das Plenum die Risiken von Ölbohrungen angesichts der Ölkatastrophe im Golf von Mexiko. Aus bayerischer Sicht von Interesse ist die Forderung des Europäischen Parlaments (EP) nach der Beibehaltung der EU-Direktzahlungen im Rahmen des bewährten Zwei-Säulen-Systems nach 2013.

Im gesetzgeberischen Bereich stimmte das EP, jeweils nach vorheriger Einigung mit dem Rat, für das SWIFT-Abkommen zum Austausch von Finanzdaten mit den USA, für die Deckelung von Bonuszahlungen für Bankmanager (erste Lesung), für strengere Regeln für Industrieemissionen (zweite Lesung) und für Maßnahmen gegen den illegalem Holzhandel (zweite Lesung). Wegen mangelnder Fortschritte in den Verhandlungen nahmen die Abgeordneten zwar Änderungsanträge zum Finanzaufsichtspaket an, verschoben aber die Endabstimmung. Stattdessen forderten sie den Rat zu einer grundsätzlichen Reform auf. In zweiter Lesung sprach sich das EP entgegen der Ratsmeinung für ein Verbot von Klonfleisch in Lebensmitteln aus. Damit wird ein Vermittlungsverfahren wahrscheinlich.

Alle Informationen zur Plenartagung unter:

http://www.europarl.europa.eu/news/public/focus_page/008-76988-176-06-26-901-20100625FCS76850-25-06-2010-2010/default_p001c005_de.htm

ERWEITERUNG: DIE DREI LETZTEN KAPITEL MIT KROATIEN UND EIN KAPITEL MIT DER TÜRKEI ERÖFFNET

Auf den Beitrittskonferenzen auf Ministerebene am 30.06.2010 wurden in den Verhandlungen mit Kroatien die drei letzten Kapitel eröffnet und zwei Kapitel geschlossen. Der kroatische Außenminister *Gordan Jandrokovic* hofft auf die Unterzeichnung der Beitrittsverträge im ersten Halbjahr 2011. In den Verhandlungen mit der Türkei wurde lediglich ein Kapitel eröffnet. Die spanische Ratspräsidentschaft hatte zu Beginn des Jahres noch die Eröffnung von drei Kapiteln angestrebt.

BERICHT ZUM ABSTIMMUNGSVERHALTEN DER EUROPAPARLAMENTARIER

Die unabhängige Organisation www.VoteWatch.eu hat am 30.06.2010 einen Bericht zum Abstimmungsverhalten der MdEPs in den namentlichen Abstimmungen Juli 2009 bis Juni 2010 vorgelegt. Daraus ergibt sich, dass die ALDE zunehmend das „Zünglein an der Waage“ ist.



Vollständiger Bericht von www.Votewatch.eu auf:

http://www.votewatch.eu/blog/wp-content/uploads/2009/09/votewatch_report_30_june_2010.pdf

Geschäftsbereich Staatsministerium des Innern

BELGISCHE RATSPRÄSIDENTSCHAFT: SCHWERPUNKTE AUS DEM GESCHÄFTSBEREICH DES STMI

Die belgische Ratspräsidentschaft will am einheitlichen Asylverfahren und Schutzstatus weiterarbeiten sowie dem Kampf gegen Terrorismus, organisierte Kriminalität und Menschenhandel Priorität geben. Zudem soll mit der Umsetzung der Strategie für die Innere Sicherheit und einer Debatte über die künftige Struktur der Informationssysteme in diesem Bereich begonnen werden.

<http://www.eu2010.be/de>

EP MACHT WEG FÜR RASCHES INKRAFTTRETEN DES SWIFT-ABKOMMENS FREI

Das EP hat dem Abkommen zwischen der EU und den USA über die Weitergabe von Zahlungsverkehrsdaten zur Terrorismusbekämpfung (SWIFT) zugestimmt. Es wird am 01.08.2010 in Kraft treten.

http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/019-78055-186-07-28-902-20100707IPR78054-05-07-2010-false/default_de.htm

RICHTLINIE ZUR EINFÜHRUNG INTELLIGENTER VERKEHRSSYSTEME IM STRAßENVERKEHR FÖRMLICH ANGENOMMEN

Das EP hat den Standpunkt des Rats über die „Richtlinie zur Festlegung eines Rahmens zur Einführung intelligenter Verkehrssysteme im Straßenverkehr und für deren Schnittstellen zu anderen Verkehrsträgern“ gebilligt. Damit ist die Richtlinie angenommen.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2010-0258+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

Geschäftsbereich Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz

BELGISCHE RATSPRÄSIDENTSCHAFT: SCHWERPUNKTE AUS DEM GESCHÄFTSBEREICH DES STMJV

Im Bereich der Rechts- und Verbraucherschutzpolitik enthält das Programm



der belgischen Präsidentschaft keine Überraschungen. Die Verhandlungen über die Zahlungsverzugsrichtlinie sollen abgeschlossen und die Richtlinie zu den Verbraucherrechten vorangetrieben werden. In Strafsachen wird ein Schwerpunkt auf der Schaffung eines europaweiten Systems zur Erlangung von Beweismaterial liegen. Im Rahmen der Betrugsbekämpfung möchte die belgische Präsidentschaft Impulse für die konkrete grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Staatsanwälten in grenznahen Gebieten geben. Im Zivilverfahrensrecht soll eine effektive Regelung zur grenzüberschreitenden Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen unter anderen durch eine Sperrung von Bankkonten kommen.

http://eu2010.be/files/bveu/media/documents/Programme_DE.pdf

GRÜNBUCH ZUM EUROPÄISCHEN VERTRAGSRECHT

Am 01.07.2010 hat die Kommission ein Grünbuch „Optionen für die Einführung eines Europäischen Vertragsrechts für Verbraucher und Unternehmen“ (KOM(2010) 348/3) vorgestellt. Ziel dieser Initiative ist es, das Vertragsrecht in der Union zu vereinheitlichen. Die bevorzugte Option der Kommission ist ein fakultatives Vertragsrechtssystem, das wahlweise auf nur auf grenzüberschreitende oder auch auf innerstaatliche Vertragsverhältnisse Anwendung findet. Die Konsultation läuft bis zum 31.01.2011.

http://ec.europa.eu/justice_home/news/consulting_public/0052/consultation_questionnaire_de.pdf

SPRACHENVERORDNUNG ZUM KÜNFTIGEN EU-PATENT

Am 01.07.2010 legte die Kommission mit der Übersetzungsregelung für das geplante EU-Patent den letzten noch fehlenden Baustein für das kommende europäische Patentrecht vor. Das EU-Patent soll danach künftig entweder auf Englisch, Französisch oder Deutsch, also den offiziellen Sprachen des Europäischen Patentamts, erteilt werden; nur die Ansprüche werden in die beiden anderen Amtssprachen übersetzt. Durch diese Beschränkung sollen die Übersetzungskosten so gering wie möglich gehalten werden.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/870&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/internal_market/indprop/docs/patent/translation_arrangements/com2010_350_de.pdf



VERBRAUCHERSCHUTZ: „BEIPACKZETTEL“ FÜR INVESTMENTFONDS

Die Kommission hat am 01.07.2010 die Regeln für die zukünftig bei Investmentfonds zu erstellenden Produktinformationsblätter („Key Investor Documents“) veröffentlicht. Die in Zusammenarbeit mit dem Ausschuss der europäischen Wertpapierregulierungsbehörden erarbeiteten Regeln sind bis 01.07.2011 in nationales Recht umzusetzen.

http://ec.europa.eu/internal_market/investment/ucits_directive_de.htm

BEGRENZUNG DER BONUSZAHLUNGEN BEI KREDITINSTITUTEN

Das in Bankenkreisen übliche Bonussystem für die Manager soll in der EU in seiner jetzigen Form abgeschafft werden. Der Kompromiss wurde anlässlich der Beratungen zur Revision der Eigenkapitaldirektive gefunden.

JUSTIZ-VERHANDLUNGSKAPITEL MIT KROATIEN ERÖFFNET

Auf der 10. Beitrittskonferenz der EU mit Kroatien auf Ministerebene am 30.06.2010 stimmten die Vertreter der EU-Regierungen der Öffnung des Kapitels 23 (Justiz und Menschenrechte) zu.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/er/115569.pdf

EINGESCHRÄNKTER PATENTSCHUTZ BEI GV-PFLANZEN

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat in einer Entscheidung vom 06.07.2010 (C-428/08) den Patentschutz auf genetisch veränderte Pflanzen eingeschränkt.

INFORMATIONEN ZUM ERBRECHT IN DEN MITGLIEDSSTAATEN

Am 28.06.2010 hat der Europäische Dachverband der Notariate (CNUE) mit der Unterstützung der Kommission eine Internetseite mit Informationen zum Erbrecht in den Mitgliedsstaaten freigeschaltet (Link s.u.). Interessierte Bürger können in 22 EU-Sprachen sowie Kroatisch Informationen zu wichtigen Fragen des Erbrechts finden, so z. B. zum anwendbaren Recht oder wer Erbe ist.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/844&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>
www.successions-europe.eu



Geschäftsbereich Staatsministerium der Finanzen

BELGISCHE RATSPRÄSIDENTSCHAFT: SCHWERPUNKTE AUS DEM GESCHÄFTSBEREICH DES STMF

Zu den Prioritäten der belgischen Ratspräsidentschaft gehört im Finanzbereich die Fortführung der Arbeiten an den Finanzmarktreformen. Insbesondere will die belgische Ratspräsidentschaft das Finanzaufsichtspaket schnell zum Abschluss bringen. In Zusammenarbeit mit der Kommission und dem EP soll zudem ein mehrjähriger Aktionsplan für die noch durchzuführenden Finanzmarktreformen ausgearbeitet werden. Daneben stehen im nächsten Halbjahr eine ganze Reihe von Legislativvorschlägen, wie z. B. zur Stärkung der Transparenz und Sicherheit der Derivatmärkte sowie zu Leerverkäufen und Kreditausfallversicherungen, an. Im Mehrwertsteuerbereich soll u. a. an der Behandlung von Versicherungs- und Finanzdienstleistungen, der Neufassung der Durchführungsverordnung zur Mehrwertsteuersystemrichtlinie, der Sonderregelung für Reisebüros, der Behandlung von Postdienstleistungen und Gutscheinen und am Reverse-Charge-Verfahren gearbeitet werden. Weiteres steuerliches Thema wird die Zinsbesteuerung sein. Daneben geht es u. a. um die Beteiligung des Finanzsektors an den krisenbedingten Lasten, die Stärkung des Stabilitäts- und Wachstumspakts und die Verabschiedung des EU-Haushalts 2011. Ein konkreter Einstieg in die Diskussionen über den nächsten mehrjährigen Finanzrahmen ist aber noch nicht zu erwarten.

http://www.eutrio.be/files/bveu/media/documents/Programme_DE.pdf

MITTEILUNG DER KOMMISSION ZUR STÄRKEREN WIRTSCHAFTSPOLITISCHEN STEUERUNG

Die EU-Kommission hatte bereits am 12.05.2010 eine Mitteilung zur stärkeren wirtschaftspolitischen Koordinierung veröffentlicht. Wesentliche Elemente dieser Mitteilung hat die Task Force unter Leitung des Präsidenten des Europäischen Rates, *Van Rompuy*, bereits aufgegriffen. Mit ihrer daran anknüpfenden Mitteilung vom 30.06.2010 unterbreitet die Kommission nunmehr konkretere Vorschläge. Themen sind eine breiter angelegte makroökonomische Überwachung, die Verbesserung der fiskalpolitischen Regelungsrahmen in den Mitgliedstaaten, die stärkere Konzentration auf das Schuldenstandskriterium im Stabilitäts- und Wachstumspakt, wirksamere Anreize zur Einhaltung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes sowie stärker regelbasierte Sanktionen. Mittel aus dem EU-Haushalt sollen künftig als Hebel für die Durchsetzung des Stabi-



litäts- und Wachstumspaktes genutzt werden. Ein weiterer zentraler Punkt ist die Einführung eines Europäischen Semesters zur verstärkten haushaltspolitischen Koordinierung. Dieses sieht so aus, dass die Mitgliedstaaten auf der Grundlage von Leitlinien des Europäischen Rates ihre Stabilitäts- und Konvergenzprogramme und nationalen Reformprogramme erstellen und jeweils bis April vorlegen. Im Juli veröffentlicht der Rat dann länderspezifische Leitlinien. Im zweiten Halbjahr schließen die Mitgliedstaaten ihre Haushaltspläne ab. Die Kommission wird die in dieser Mitteilung angekündigten förmlichen Vorschläge Ende September 2010 unterbreiten. Eine Änderung des Lissabon-Vertrages ist aus Sicht der Kommission nicht notwendig.

http://ec.europa.eu/economy_finance/articles/euro/documents/com_2010_367_en.pdf

NEUES DEFIZITVERFAHREN GEGEN BULGARIEN

Derzeit laufen bereits Defizitverfahren gegen 20 Mitgliedstaaten. Die EU-Kommission hatte am 15.06.2010 zudem ihre Einschätzung bekannt gegeben, dass auch in Zypern, Dänemark und Finnland ein übermäßiges Defizit besteht. Sie hat daher dem ECOFIN-Rat empfohlen, diesen Mitgliedstaaten Fristen für die Korrektur ihrer Defizite zu setzen. Dasselbe empfiehlt die Kommission dem Rat nunmehr auch in Bezug auf Bulgarien. Der ECOFIN-Rat wird voraussichtlich am 13.07.2010 über die Kommissionsempfehlungen entscheiden. Folgt der Rat den Empfehlungen der Kommission, dann wären mit Luxemburg, Schweden und Estland nur noch drei Mitgliedstaaten ohne Defizitverfahren.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/896&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=de>

KOMMISSION BEWERTET DIE MAßNAHMEN VON GROßBRITANNIEN IM LAUFENDEN DEFIZITVERFAHREN

Am 06.07.2010 ist die Kommission zum Ergebnis gekommen, dass Großbritannien angemessene Maßnahmen zur Korrektur seines übermäßigen Haushaltsdefizits getroffen hat. Zur gleichen Einschätzung war die Kommission am 15.06.2010 auch bei zwölf weiteren geprüften Mitgliedstaaten (darunter Deutschland) gekommen. Ende Juni hatte Großbritannien weitere signifikante Maßnahmen zur Reduzierung des strukturellen Defizits angekündigt, um das Defizit bis 2014/15 – wie vom Rat gefordert – auf unter 3 % des BIP zu reduzieren. Ungefähr drei Viertel der gesamten Defizitrückführung soll durch Ein-



sparungen bei den Ausgaben erreicht werden.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/903&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

EP STIMMT ÜBER DAS FINANZAUF SICHTSPAKET AB

Der Rat hatte sich bereits Ende 2009 auf eine allgemeine Ausrichtung zum Finanzaufsichtspaket verständigt, mit dem ein Europäischer Ausschuss für Systemrisiken und drei neue europäische Aufsichtsbehörden geschaffen werden sollen. Am 07.07.2010 hat das Europäische Parlament mit großer Mehrheit Änderungsvorschläge zum Finanzmarktaufsichtspaket gebilligt, die Schlussabstimmung über eine legislative EntschlieÙung aber auf das September-Plenum vertagt. Dem EP geht es u. a. darum, die neuen europäischen Aufsichtsbehörden im Rahmen der Aufsicht über grenzüberschreitend tätige Großbanken mit weitergehenden Befugnissen auszustatten. Der ECOFIN-Rat wird sich voraussichtlich auf seiner nächsten Sitzung am 13.07.2010 nochmals mit dem Dossier befassen und Kompromissmöglichkeiten ausloten. Eine zügige Einigung zwischen Rat und EP ist notwendig, damit die neuen Aufsichtsbehörden ihre Tätigkeit wie geplant zum 01.01.2011 aufnehmen können.

http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/042-77910-186-07-28-907-20100706IPR77909-05-07-2010-2010-false/default_de.htm

EP-SONDERAUSSCHUSS ZUR FINANZIELLEN VORAUSSCHAU KONSTITUIERT SICH

Das EP hatte am 16.06.2010 die Einrichtung eines Sonderausschusses für die Vorbereitung des nächsten mehrjährigen Finanzrahmens der EU beschlossen. Der Sonderausschuss soll seinen Bericht erstellen, bevor die EU-Kommission ihre Vorschläge für den nächsten mehrjährigen Finanzrahmen vorlegt (vor Juli 2011). Am 08.07.2010 hatte der EP-Sonderausschuss seine konstituierende Sitzung. Zur Vorsitzenden wurde die deutsche SPD-Abgeordnete *Jutta Haug* gewählt. Berichterstatter ist der spanische EVP-Abgeordnete *Salvador Garriga Polledo*. Aus fachlicher Sicht interessant ist, dass die Vorsitzende des Sonderausschusses – entgegen einer im EP weit verbreiteten Meinung – nicht für eine Verkürzung der Laufzeit des nächsten mehrjährigen Finanzrahmens eintritt, sondern vor allem aus Gründen der Planungssicherheit an der bisherigen siebenjährigen Laufzeit festhalten will. Wie letztlich die Haltung des Sonderausschusses zu dieser Frage aussieht und wie sich die weiteren Diskussionen im



EP zu dieser Frage entwickeln, bleibt abzuwarten.

http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/034-77757-186-07-28-905-20100705IPR77756-05-07-2010-2010-false/default_de.htm

EP VERABSCHIEDET NOVELLIERUNG DER EIGENKAPITALRICHTLINIE FÜR BANKEN UND BESCHRÄNKT BANKER-BONI

Das EP hat am 07.07.2010 weitere Änderungen an der Eigenkapitalrichtlinie (CRD III) verabschiedet. Die Bonuszahlungen im Bankbereich werden künftig an langfristige Entwicklungen gekoppelt, damit Manager keinen Anreiz mehr haben, kurzfristige und unverhältnismäßige Risiken einzugehen. Maximal 30 % der Bonus-Zahlungen sollen bar und im Voraus ausbezahlt werden. Mindestens 40 % der variablen Vergütung werden über einen Zeitraum von drei bis fünf Jahren zunächst zurückgehalten. Für Banken, die Staatshilfe erhalten, sieht die Richtlinie besondere Regelungen vor. Daneben enthält die Richtlinie strengere Kapitalanforderungen bei den Handelsaktivitäten einer Bank und höhere Standards bei Weiterverbriefungen. Die Regeln über die Bonuszahlungen sollen im Januar 2011 in Kraft treten, die Eigenkapitalanforderungen spätestens am 31.12.2011. Auf die Änderungen hatten sich Rat und EP im Vorfeld geeinigt. Der ECOFIN-Rat wird den Änderungen voraussichtlich am 13.07.2010 formal zustimmen.

http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/042-77908-186-07-28-907-20100706IPR77907-05-07-2010-2010-false/default_de.htm

KOMMISSION ERGÄNZT RICHTLINIE ZU „ORGANISMEN FÜR GEMEINSAME ANLAGEN IN WERTPAPIEREN“ – OGAW

Die Kommission hat am 01.07.2010 zwei Richtlinien und zwei Verordnungen zur Ergänzung und Konkretisierung der sog. OGAW-Richtlinie vorgelegt. Die neuen Regeln müssen ab 01.07.2011 angewendet werden bzw. in innerstaatliches Recht umgesetzt sein. So wird z. B. ein standardisiertes Dokument eingeführt, um Anleger in verständlicher Form über mögliche Risiken zu informieren. Daneben geht es u. a. um Meldeverfahren und die Zusammenarbeit der Aufsichtsbehörden, damit die grenzüberschreitende Tätigkeit der Fondsmanager besser überwacht werden kann (siehe auch Beitrag des StMWIVT).

http://ec.europa.eu/internal_market/investment/ucits_directive_en.htm



KOMMISSION STARTET KONSULTATION ZUR REVISION DER MARKT-MISSBRAUCHSRICHTLINIE

Die Kommission hat am 28.06.2010 eine Konsultation zur Marktmissbrauchsrichtlinie gestartet. Die wichtigsten Fragen sind die Sicherstellung der umfassenden und angemessenen Berichterstattung über die Derivatemärkte, das Schließen von Regelungslücken, die Stärkung der Untersuchungs- und Sanktionsbefugnisse der zuständigen Behörden sowie die Verringerung der Verwaltungslasten insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen. Die Konsultation ist bis zum 23.07.2010 geöffnet.

http://ec.europa.eu/internal_market/consultations/2010/mad_en.htm

KOMMISSION LEGT GRÜNBUCH ZU PENSIONS- UND RENTENSYSTEMEN VOR

Die Kommission hat am 07.07.2010 das Grünbuch „Angemessene, nachhaltige und sichere europäische Pensions- und Rentensysteme“ veröffentlicht. Damit wird eine Konsultation eingeleitet, mit der der europäische Rahmen für die Alterssicherung umfassend geprüft werden soll. Das Grünbuch enthält keine konkreten politischen Vorschläge, sondern soll vielmehr zu einem breiten Meinungsaustausch aufrufen. Themen sind u. a. die Sicherung eines angemessenen Einkommens im Ruhestand und die Schaffung eines ausgewogenen Verhältnisses zwischen der Dauer des Arbeitslebens und des Ruhestands. Die Konsultation läuft bis 15.11.2010.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/905&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=de>

Geschäftsbereich Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

BELGISCHE RATSPRÄSIDENTSCHAFT: SCHWERPUNKTE AUS DEM GESCHÄFTSBEREICH DES STMWIVT

Im Bereich des StMWIVT sind folgende Punkte der belgischen Ratspräsidentschaft hervorzuheben:

Die Umsetzung der EU-2020-Strategie, die Stärkung des Innovationspotenzials Europas im Rahmen des geplanten „Innovation Act“, eine wettbewerbsfähige und rohstoffeffiziente „grüne“ EU-Wirtschaft, die Vorbereitungen des 8. EU-Forschungsrahmenprogramms und eine diesbezügliche Verfahrensvereinfachung



chung, die Fortsetzung der Beratungen zur Novellierung der Eurovignetten-Richtlinie (Kostenbeteiligung aller Verkehrsträger) sowie die Vorbereitung der Energiestrategie 2011 bis 2020.

WESENTLICHE ERGEBNISSE DER TAGUNG DER VERKEHRSMINISTER AM 24.06.2010

Bei ihrer Tagung am 24.06.2010 haben die Verkehrsminister die zweite Stufe des Open-Sky-Abkommens der EU mit den USA gebilligt. Dieses wurde von den USA und der EU am Rande des Treffens unterzeichnet. Trotz Fortschritten bleiben wichtige Fragen, z. B., ob EU-Fluggesellschaften US-Gesellschaften vollständig übernehmen dürfen oder ob die EU die Mitgliedstaaten von der Einführung zusätzlicher Lärmschutzmaßnahmen abhalten kann, weiter ungeklärt.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/trans/115487.pdf

KOMMISSION VERABSCHIEDET MITTEILUNG ZUR WIRTSCHAFTSPOLITISCHEN STEUERUNG

Die Kommission hat am 30.06.2010 eine Mitteilung mit Vorschlägen für eine verstärkte wirtschaftliche Steuerung in der EU vorgelegt. Kernpunkt ist eine verstärkte Überwachung der Haushaltspolitik der nationalen Regierungen. Das geplante „Europäische Semester“ soll künftig jeweils im Januar mit einem Wachstumsausblick der Kommission beginnen. Im April sollen die Mitgliedstaaten der Kommission ihre Stabilitäts- bzw. Konvergenzprogramme sowie ihre Reformprogramme vorlegen. Auf der Grundlage der Beurteilung der Programme soll in der zweiten Jahreshälfte die Ausarbeitung der detaillierten nationalen Haushalte für das Folgejahr erfolgen. Makroökonomische Ungleichgewichte sollen so früher erkannt werden. Zur Durchsetzung der Haushaltsdisziplin soll die Kommission künftig härter durchgreifen können. Siehe im Einzelnen Bericht im Bereich des StMF.

http://ec.europa.eu/economy_finance/articles/euro/2010-06-30-enhancing_economic_policy_coordination_en.htm

KOMMISSION STARTET KONSULTATION ZUR UMSETZUNG DER DIENSTLEISTUNGSRICHTLINIE

Am 30.06.2010 hat die Kommission eine Konsultation zur Umsetzung der



Dienstleistungsrichtlinie in den Mitgliedstaaten gestartet. Die Ende 2006 verabschiedete Richtlinie sollte bis Ende 2009 in innerstaatliches Recht umgesetzt sein. Die beteiligten Akteure sind nun aufgefordert, sich über die entsprechenden nationalen Rechtsvorschriften auszutauschen, um zu ermitteln, ob noch diskriminierende, ungerechtfertigte oder unverhältnismäßige Genehmigungserfordernisse für Dienstleistungserbringer aus anderen Mitgliedstaaten bestehen. Die Konsultation läuft bis zum 13.09.2010. Anschließend will die Kommission einen Evaluierungsbericht zur Umsetzung der Richtlinie vorlegen.
http://ec.europa.eu/internal_market/consultations/2010/services_directive_en.htm

KOMMISSION VERABSCHIEDET NEUEN RAHMEN FÜR EU-TOURISMUSPOLITIK

In einer Mitteilung hat die Kommission am 30.06.2010 ihre Vorstellungen für eine EU-Tourismuspolitik präsentiert. Sie schlägt darin Initiativen vor, mit denen die Wettbewerbsfähigkeit, die nachhaltige und qualitätsorientierte Entwicklung und die Außenwirkung Europas als Reiseziel gefördert werden sollen. Nach Vorstellung der Kommission sollten die EU-Mitgliedstaaten ein „integriertes Tourismuskonzept“ erarbeiten und enger kooperieren, um dieses Ziel zu erreichen.

http://ec.europa.eu/enterprise/sectors/tourism/files/communications/communication2010_de.pdf

KOMMISSION ERGÄNZT RICHTLINIE ZU „ORGANISMEN FÜR GEMEINSAME ANLAGEN IN WERTPAPIEREN“ – OGAW

Die Kommission hat am 01.07.2010 zwei Richtlinien und zwei Verordnungen zur Ergänzung und Konkretisierung der OGAW-Richtlinie (RL 2009/65/EG) vorgelegt. Die neuen Regeln müssen damit ab 01.07.2011 angewendet werden. Auch die Richtlinie muss bis dahin in innerstaatliches Recht umgesetzt sein.

http://ec.europa.eu/internal_market/investment/ucits_directive_en.htm

KOMMISSION STARTET KONSULTATION ZU HINDERNISSEN FÜR DEN HANDEL IM BINNENMARKT

Die Kommission hat am 05.07.2010 einen Bericht verabschiedet, in dem zentrale Punkte thematisiert werden, die einen effizienteren und faireren Binnen-



markt in Handel und Vertrieb verhindern. Hierzu können sich nun interessierte Kreise bis zum 10.09.2010 äußern. Die Ergebnisse sollen in die Maßnahmen einfließen, die die Kommission im Herbst 2010 als sog. „Binnenmarktakte“ vorlegen möchte.

http://ec.europa.eu/internal_market/retail/index_de.htm

EP VERABSCHIEDET VERORDNUNG ZU RECHTEN VON SCHIFFSPASSAGIEREN

Das EP hat am 06.07.2010 die Verordnung über die Rechte von Passagieren des See- und Binnenschiffsverkehrs verabschiedet. Nach dem Luft- und Eisenbahnverkehr erhalten auch die Passagiere des Schiffsverkehrs eine Reihe von Rechten im Falle von Verspätungen, Annullierungen oder bei eingeschränkter Mobilität. Der nun in zweiter Lesung verabschiedete Text beruht auf einer Einigung mit den Mitgliedstaaten und muss nun noch lediglich formal vom Ministerrat verabschiedet werden.

http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/062-77802-186-07-28-910-20100705IPR77798-05-07-2010-2010-false/default_de.htm

EP VERABSCHIEDET NOVELLIERUNG DER EIGENKAPITALRICHTLINIE FÜR BANKEN UND BESCHRÄNKT BANKER-BONI

Das EP hat am 07.07.2010 die Novellierung der Eigenkapitalrichtlinie für Banken verabschiedet. Damit werden die Empfehlungen des Baseler-Ausschusses übernommen, wonach die Banken mehr Eigenkapital für risikoreiche Geschäfte hinterlegen müssen. Da dies auf einem Kompromiss mit dem Rat beruht, muss der Ministerrat lediglich noch formal zustimmen, was am 13.07.2010 erfolgen dürfte. Die Regeln über die Bonuszahlungen werden damit im Januar 2011 in Kraft treten und die Eigenkapitalanforderungen spätestens am 31.12.2011.

http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/042-77908-186-07-28-907-20100706IPR77907-05-07-2010-2010-false/default_de.htm

ANTEIL ERNEUERBARER ENERGIEN AN NEU INSTALLIERTEN STROMERZEUGUNGSKAPAZITÄTEN IN DER EU 2009 AUF 62 % GESTIEGEN

Der am 05.07.2010 veröffentlichte Bericht der gemeinsamen Forschungsstelle der Kommission mit dem Titel „Momentaufnahmen zu den erneuerbaren Energien“ stellt fest, dass zwischen 2008 und 2009 der Anteil der erneuerbaren



Energien an den neu installierten Stromerzeugungskapazitäten in den EU-27 von 57 % auf 62 % (17 Gigawatt) angestiegen ist. Von der neu installierten Energiegesamtleistung von 27,5 Gigawatt entfällt dabei der Hauptanteil von 10,2 Gigawatt, d. h. 38 %, auf Windenergie. In absoluten Zahlen wurden somit 19,9 % des Gesamtelektrizitätsverbrauchs in der EU im letzten Jahr aus erneuerbaren Energien gedeckt.

<http://re.jrc.ec.europa.eu/refsys/>

STUDIE DER KOMMISSION BELEGT: INTERNATIONAL TÄTIGE KMU SCHNEIDEN BESSER AB

Die Kommission hat am 06.07.2010 eine Studie vorgelegt, wonach 25 % der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) in den letzten drei Jahren ein- oder mehrmals exportiert haben. Im internationalen Bereich tätige KMU meldeten einen Beschäftigungszuwachs von 7 %, wohingegen die Arbeitsplätze in den national tätigen KMU nur um 1 % zunahm. Zudem besteht ein enger Zusammenhang zwischen internationaler Ausrichtung und Innovation: 26 % der international tätigen KMU brachten Produkte oder Dienstleistungen auf den Markt, die in ihrer Branche und in ihrem Land neu waren. Von den anderen KMU taten dies nur 8 %.

http://ec.europa.eu/enterprise/policies/sme/files/support_measures/internationalisation/internationalisation_sme_final_en.pdf

EP STIMMT ÜBER DAS FINANZAUF SICHTSPAKET AB

Der Rat hatte sich bereits Ende 2009 auf eine allgemeine Ausrichtung zum Finanzaufsichtspaket verständigt, mit dem ein Europäischer Ausschuss für Systemrisiken und drei neue europäische Aufsichtsbehörden geschaffen werden sollen. Am 07.07.2010 hat das EP mit großer Mehrheit Änderungsvorschläge zum Finanzmarktaufsichtspaket gebilligt, die Schlussabstimmung über eine legislative Entschließung aber auf das September-Plenum vertagt. Dem EP geht es u. a. darum, die neuen europäischen Aufsichtsbehörden im Rahmen der Aufsicht über grenzüberschreitend tätige Großbanken mit weitergehenden Befugnissen auszustatten. Der ECOFIN-Rat wird sich voraussichtlich auf seiner nächsten Sitzung am 13.07.2010 nochmals mit dem Dossier befassen und Kompromissmöglichkeiten ausloten. Eine zügige Einigung zwischen Rat und EP ist notwendig, damit die neuen Aufsichtsbehörden ihre Tätigkeit wie geplant zum 01.01.2011 aufnehmen können. Siehe im Einzelnen Bericht



im Bereich des StMF.

http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/042-77910-186-07-28-907-20100706IPR77909-05-07-2010-2010-false/default_de.htm

KOMMISSION WILL BEI BILATERALEN INVESTITIONSVERTRÄGEN MIT-REDEN

Die Kommission hat am 07.07.2010 eine Mitteilung und einen Verordnungsentwurf vorgelegt, wonach sie die rund 1200 Abkommen der Mitgliedstaaten mit Drittländern über Direktinvestitionen untersuchen möchte. Damit möchte sie sicherstellen, dass diese Verträge EU-Recht entsprechen. Insbesondere Deutschland als Exportnation ist von diesem Vorschlag betroffen, da es allein schon über 120 bilaterale Abkommen verfügt.

<http://trade.ec.europa.eu/doclib/press/index.cfm?id=591>

KOMMISSION STARTET KONSULTATION ZUR REVISION DER MARKT-MISSBRAUCHSRICHTLINIE

Die Kommission hat am 28.06.2010 eine Konsultation zur Marktmissbrauchsrichtlinie gestartet. Die wichtigsten Fragen sind die Sicherstellung der umfassenden und angemessenen Berichterstattung über die Derivatmärkte, das Schließen von Regelungslücken, die Stärkung der Untersuchungs- und Sanktionsbefugnisse der zuständigen Behörden sowie die Verringerung der Verwaltungslasten insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen. Die Konsultation ist bis zum 23.07.2010 geöffnet. Siehe im Einzelnen Bericht im Bereich des StMF.

http://ec.europa.eu/internal_market/consultations/2010/mad_en.htm

VERBOT VON ILLEGAL GESCHLAGENEM HOLZ AUF DEM EU-MARKT

Am 07.07.2010 stimmte das EP einem Verbot zu, illegal geschlagenes Holz und Holzprodukte auf dem EU-Markt anzubieten. Die neue Gesetzgebung soll verhindern, dass illegal geschlagenes Holz auf den europäischen Markt gelangt. Derzeit stammen ca. 20 % des EU-weit gehandelten Holzes aus illegal geschlagenen Bäumen. Die Verordnung wird voraussichtlich Ende 2012 in Kraft treten und sieht Maßnahmen zur Rückverfolgbarkeit und Sanktionen bei Nichteinhaltung des Verbotes vor. Der Entscheidung des EP muss der Rat noch formell zustimmen. Siehe im Einzelnen Bericht im Bereich des StMELF.

<http://www.europarl.europa.eu/pdfs/news/expert/infopress/20100706IPR77920/>



[20100706IPR77920_de.pdf](#)

Geschäftsbereich Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

BELGISCHE RATSPRÄSIDENTSCHAFT: SCHWERPUNKTE AUS DEM BEREICH DES STMELF

Schwerpunkte der belgischen Präsidentschaft für den Bereich der Landwirtschaft in den kommenden sechs Monaten werden die Debatte zur Zukunft der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) nach 2013, die Umsetzung der Empfehlungen der Expertengruppe Milch sowie der Bericht der Kommission zu gentechnisch veränderten Organismen sein. Weitere Themen sind die Verlängerung des Branntweinmonopols, Neuabgrenzung benachteiligter Gebiete, Vereinfachung der Politik für die ländliche Entwicklung, Fahrplan zu TSE sowie die Qualitätspolitik für Agrarerzeugnisse.

http://www.eu2010.be/files/bveu/media/documents/Programme_DE.pdf

ERGEBNISSE DES AGRARRATES AM 29.06.2010 IN LUXEMBURG

Die EU-Agrarminister führten beim Rat am 29.06.2010 in Luxemburg eine Debatte zur Vereinfachung der GAP, bei der 18 Mitgliedstaaten, darunter Deutschland, ein Papier vorlegten, in dem sie darauf hinwiesen, dass die Vereinfachung eine Daueraufgabe sei, die auch in der künftigen GAP nach 2013 zu berücksichtigen sei. Die Kommission präsentierte dem Rat den Quartalsbericht zur Lage auf dem Milchmarkt. Die Lage in der EU hat sich seit Mitte März 2009 langsam, aber konstant verbessert. Keine qualifizierte Mehrheit konnte im Rat für die Zulassung von sechs gentechnisch veränderten Maislinien als Lebens- und Futtermittel (kein Anbau) gefunden werden. Damit kann die Kommission über die Zulassung in eigener Verantwortung entscheiden. Deutschland hat jeweils für die Zulassung gestimmt.

http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/en/agricult/115545.pdf

BAYERISCHER ANTRAG ZUR ABSATZFÖRDERUNG GENEHMIGT

Die EU beteiligt sich mit 3,3 Mio. € an 19 Programmen aus 14 Mitgliedstaaten zur Absatzförderung landwirtschaftlicher Produkte. Als einziges Programm aus Deutschland wurde das bayerische Projekt „Weltgenusserbe Bayern“, das die Vermarktung herkunftsgeschützter Produkte aus dem Freistaat voranbringen



soll, genehmigt. Das bayerische Projekt wird von der EU mit 550.000 € unterstützt. Mit den Mitteln werden Informations- und Absatzfördermaßnahmen für die fünf herkunftsgeschützten Produkte Allgäuer Emmentaler, Allgäuer Bergkäse, Bayerisches Bier, Nürnberger Bratwürste und Bayerischer Meerrettich finanziert. Staatsminister Brunner begrüßte die Entscheidung der Kommission als Bestätigung der bayerischen Strategie, auf den Herkunftsschutz von Leitprodukten zu setzen. Es ist damit gelungen wichtige Fördergelder nach Bayern zu holen, mit denen für bayerische geschützte Spezialitäten geworben werden kann.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/873&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

NEUE EU-ETIKETTIERUNGSREGELN UND EU-BIO-LOGO AB 01.07.2010 IN KRAFT

Am 01.07.2010 traten neue EU-Vorschriften zur Etikettierung von biologischen Lebensmitteln in Kraft (s. auch EB 03/2010). Verpackte Bio-Produkte, die in der EU hergestellt wurden, sind dann zwingend mit dem neuen Bio-Logo zu kennzeichnen. Für nicht-verpackte und importierte Erzeugnisse ist die Etikettierung freiwillig. Regionale, private und nationale Gütesiegel dürfen weiterhin parallel verwendet werden. Zusätzlich schreiben die neuen Kennzeichnungsvorschriften vor, dass verbindlich Angaben zum Ort der Erzeugung sowie der Codenummer der Zertifizierungsstelle, die für die Kontrollen zuständig war, gemacht werden müssen. Die Übergangsfrist, um den Vorschriften nachzukommen, beträgt zwei Jahre.

Das neue EU-Bio-Logo:



<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/861&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

VERBOT VON ILLEGAL GESCHLAGENEM HOLZ AUF DEM EU-MARKT

Am 07.07.2010 stimmte das EP einem Verbot zu, illegal geschlagenes Holz und Holzprodukte auf dem EU-Markt anzubieten. Die neue Gesetzgebung soll verhindern, dass illegal geschlagenes Holz auf den europäischen Markt gelangt. Derzeit stammen ca. 20 % des EU-weit gehandelten Holzes aus illegal



geschlagenen Bäumen. Das Gesetz wird voraussichtlich Ende 2012 in Kraft treten und sieht Maßnahmen zur Rückverfolgbarkeit und Sanktionen bei Nichteinhaltung des Verbotes vor. Der Entscheidung des EP muss der Rat noch formell zustimmen.

http://www.europarl.europa.eu/pdfs/news/expert/infopress/20100706IPR77920/20100706IPR77920_de.pdf

EP LEHNT „KLONFLEISCH“ AUCH IN ZWEITER LESUNG AB

Das EP hat sich am 07.07.2010 in zweiter Lesung erneut in einer Abstimmung über die Revision der Verordnung über neuartige Lebensmittel („Novel Food“) mit großer Mehrheit gegen das Klonen von Tieren für die Lebensmittelproduktion und für ein Verbot von Lebensmitteln von geklonten Tieren und ihren Nachkommen ausgesprochen und damit seine Gegenposition zu Rat und Kommission bekräftigt. Solche Lebensmittel sollen nicht verkehrsfähig sein und folglich nicht in die Verordnung einbezogen werden. Die Kommission wurde wiederholt aufgefordert, eine eigene gesetzliche Regelung mit einem entsprechenden Verbot vorzulegen (s. auch EB 09/2010). Sollte der Rat die Änderungen des EP ablehnen, müssen sich die beiden Institutionen in einem Vermittlungsverfahren einigen (s. hierzu Beitrag des StMUG in diesem EB).

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=REPORT&reference=A7-2010-0152&language=DE&mode=XML>

ANTEIL ERNEUERBARER ENERGIEN AN NEU INSTALLIERTEN STROMERZEUGUNGSKAPAZITÄTEN IN DER EU 2009 AUF 62 % GESTIEGEN

Der am 05.07.2010 veröffentlichte Bericht der gemeinsamen Forschungsstelle der Kommission mit dem Titel „Momentaufnahmen zu den erneuerbaren Energien“ stellt fest, dass zwischen 2008 und 2009 der Anteil der erneuerbaren Energien an den neu installierten Stromerzeugungskapazitäten in den EU-27 von 57 % auf 62 % (17 Gigawatt) angestiegen ist. Von der neu installierten Energiegesamtleistung von 27,5 Gigawatt entfällt dabei der Hauptanteil von 10,2 Gigawatt, d.h. 38 %, auf Windenergie. In absoluten Zahlen wurden somit 19,9 % des Gesamtelektrizitätsverbrauchs in der EU im letzten Jahr aus erneuerbaren Energien gedeckt (s. hierzu Beitrag des StMWIVT in diesem EB).

<http://re.jrc.ec.europa.eu/refsys/>



EINGESCHRÄNKTER PATENTSCHUTZ BEI GV-PFLANZEN

Der EuGH hat in einer Entscheidung vom 06.07.2010 (C-428/08) den Patentschutz auf genetisch veränderte Pflanzen eingeschränkt. Er folgte damit der Empfehlung des Generalanwalts (s. auch EB 05/2010). In der Konsequenz darf Monsanto in der EU die Vermarktung eines spezifischen Sojamehls nicht verbieten. Der EuGH wies zudem darauf hin, dass die EG-Richtlinie über den rechtlichen Schutz biotechnologischer Erfindungen einer weitergehenden nationalen Regelung entgegenstehe, die eine patentierte DNA-Sequenz als solche und unabhängig davon schütze, ob sie ihre Funktion erfülle oder nicht (s. hierzu Beitrag des StMJV in diesem EB).

Geschäftsbereich Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen

BELGISCHE RATSPRÄSIDENTSCHAFT: SCHWERPUNKTE AUS DEM GESCHÄFTSBEREICH DES STMAS

Die Implementierung der Europa 2020-Strategie hat Belgien, das am 01.07.2010 die EU-Ratspräsidentschaft übernommen hat, neben der Umsetzung des Vertrags von Lissabon, Klimaschutz sowie der Fortsetzung des Ausbaus der gemeinsamen Innen- und Justizpolitik als Schwerpunkt seines sechsmonatigen Vorsitzes benannt. Das Ziel einer intelligenten, nachhaltigen und integrativen Wirtschaft setze u.a. einen wachsenden Arbeitsmarkt, eine größere Mobilisierung für Bildung und Innovation sowie einen stärkeren sozialen Zusammenhalt voraus. Neben der Frage der sog. grünen und weißen Arbeitsplätze will sich Belgien den Folgen der wirtschaftlichen Umstrukturierungen, der Bekämpfung von Diskriminierung am Arbeitsplatz sowie der Förderung gleicher Bezahlung von Frauen und Männern widmen. Mit Blick auf die legislativen Dossiers sollen die Verhandlungen zur Revision der „Mutterschutz-Richtlinie“ und zur fünften EU-Antidiskriminierungsrichtlinie fortgesetzt werden. Darüber hinaus sollen die Beratungen zu dem von der Kommission angekündigten Vorschlag zur Neuregelung der Arbeitszeit-Richtlinie und zur Überarbeitung der Richtlinie zur Beschränkung der Gefährdung von Arbeitnehmern durch elektromagnetische Felder begonnen werden.

http://www.eutrio.be/files/bveu/media/documents/Programme_EN.pdf



GRÜNBUCH PENSIONS- UND RENTENSYSTEME: KOMMISSION STARTET KONSULTATION ZUR ZUKUNFT DER ALTERSSICHERUNG IN EUROPA

Mit dem Grünbuch „Angemessene, nachhaltige und sichere europäische Pensions- und Rentensysteme“ hat die Kommission am 07.07.2010 eine europaweite öffentliche Debatte zur Zukunft der Altersvorsorge in der EU eröffnet. Mit dem 39-seitigen Konsultationspapier soll der EU-Rahmen für die Alterssicherung einer umfassenden Überprüfung unterzogen werden. Das Grünbuch enthält jedoch keine konkreten politischen Vorschläge, sondern soll als Grundlage für einen breiten Meinungsaustausch über mögliche künftige Maßnahmen auf EU-Ebene dienen. Die viermonatige Konsultation (bis 15.11.2010) ist eine gemeinsame Initiative von EU-Sozialkommissar László Andor sowie der EU-Kommissare für Wirtschaft und Währung, Olli Rehn, und für Binnenmarkt und Dienstleistungen, Michel Barnier.

<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=en&catId=89&newsId=839&furtherNews=yes>

EP-PLENUM VOM 05. – 08.07.2010: ERGEBNISSE AUS DEM GESCHÄFTSBEREICH DES STMAS

Das EP hat am 06.07.2010 eine Entschließung zur Förderung des Zugangs Jugendlicher zum Arbeitsmarkt angenommen. In der Resolution auf der Grundlage eines Berichts der Berichterstatterin Emile Turunen (Grüne/DK) fordern die Abgeordneten Kommission und Rat dazu auf, eine „Initiative für eine europäische Charta für die Qualität von Praktika“ vorzuschlagen. Diese soll eine zeitliche Begrenzung für Praktika, eine Mindestzuwendung entsprechend der Lebenshaltungskosten am Praktikumsort sowie Sozialleistungen umfassen. Eine „Europäische Jugendgarantie“ soll sicherstellen, dass junge arbeitslose Menschen nicht länger als vier Monate ohne Beschäftigung bleiben. In einem weiteren Bericht der Berichterstatterin Pascale Gruny (EVP/F) zu sog. atypischen Verträgen und Flexicurity stellte das EP fest, dass atypische Arbeitsverträge in Europa die Ausnahme bleiben sollen und der Übergang zu dauerhaften Beschäftigungsverhältnissen geschaffen werden solle. Die ursprünglich ebenfalls geplante Plenarabstimmung zur „Mutterschutz-Richtlinie“ wurde auf Herbst 2010 verschoben.

<http://www.europarl.europa.eu/activities/plenary/ta.do?language=DE>



RAT: RICHTLINIE ZUR GLEICHBEHANDLUNG SELBSTÄNDIGER FRAUEN UND MÄNNER ANGENOMMEN

Die EU-Mitgliedstaaten haben am 24.04.2010 (in der Formation des Rates für Verkehr, Telekommunikation und Energie) die Richtlinie zur Verwirklichung des Grundsatzes der Gleichbehandlung von Frauen und Männern, die eine selbständige Erwerbstätigkeit ausüben, angenommen. Mit der sog. „Selbständigen-Richtlinie“ sollen selbständig Erwerbstätige sowie Ehe- bzw. Lebenspartner von selbständigen Erwerbstätigen angemessenen sozialen Schutz, einschließlich Mutterschaftsleistungen zur Verfügung stehen. Zuvor hatte das EP am 18.05.2010 den entsprechenden Vorschlag des federführenden Ausschusses für die Rechte der Frau und Gleichstellung der Geschlechter in zweiter Lesung angenommen (s. EB 10/10).

<http://www.consilium.europa.eu/Newsroom>

KOMMISSION STARTET KONSULTATION ZUR UMSETZUNG DER DIENSTLEISTUNGSRICHTLINIE

Am 30.06.2010 hat die Kommission eine Konsultation zur Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie in den Mitgliedstaaten gestartet. Die Ende 2006 verabschiedete Richtlinie sollte bis Ende 2009 in innerstaatliches Recht umgesetzt sein. Die beteiligten Akteure sind nun aufgefordert, sich über die entsprechenden nationalen Rechtsvorschriften auszutauschen, um zu ermitteln, ob noch diskriminierende, ungerechtfertigte oder unverhältnismäßige Genehmigungserfordernisse für Dienstleistungserbringer aus anderen Mitgliedstaaten bestehen. Die Konsultation läuft bis zum 13.09.2010. Anschließend will die Kommission einen Evaluierungsbericht zur Umsetzung der Richtlinie vorlegen (s. hierzu Beitrag des StMWIVT in diesem EB).

http://ec.europa.eu/internal_market/consultations/2010/services_directive_en.htm

Geschäftsbereich Staatsministerium für Unterricht und Kultus

BELGISCHE RATSPRÄSIDENTSCHAFT: SCHWERPUNKTE AUS DEM GESCHÄFTSBEREICH DES STMU

Das Bildungswesen fällt in Belgien in die Zuständigkeit der drei Gemeinschaften, so dass die Präsidentschaft im Bildungsbereich nicht vom Föderalstaat Belgien wahrgenommen wird, sondern von der flämischen Gemeinschaft, die



insoweit als Sprecher und Koordinator des Vorsitzlandes fungiert. Während der belgischen Präsidentschaft sind für den Geschäftsbereich des StMUK folgende Prioritäten vorgesehen:

BILDUNG

- Weiterentwicklung des Kopenhagen-Prozesses für eine verstärkte europäische Zusammenarbeit in der beruflichen Bildung
- Schlussfolgerungen zu „Schulen für das 21. Jahrhundert“
- Schlussfolgerungen zu Bildung für nachhaltige Entwicklung
- Leitinitiative „Jugend in Bewegung“ und Empfehlung zur Förderung der Jugendmobilität

SPORT

- Grundzüge der künftigen europäischen Sportpolitik
- Entwicklung eines europäischen Sportprogramms für die Jahre 2012-2013
- Diskussion über die gesellschaftliche Rolle des Sports

JUGEND

- EntschlieÙung zur Jugendarbeit
- Strukturierter Dialog zum Thema Beschäftigung und Jugend
- Schlussfolgerungen zum Zugang Jugendlicher zur Kultur.

Das Programm der belgischen Präsidentschaft steht im Internet unter folgender Adresse zur Verfügung:

http://www.eutrio.be/files/bveu/media/documents/Programme_DE.pdf

Weitere Informationen speziell zum Bildungsbereich finden sich unter

<http://www.education2010.be/en>

ERGEBNISSE DES GENERALDIREKTORENTREFFENS IM BILDUNGSBE- REICH AM 25.06.2010 IN BRÜSSEL

Auf der Sitzung der Hochrangigen Gruppe der Generaldirektoren im Bildungsbereich am 25.06.2010 stellten die kommenden Ratspräsidentschaften Belgi-



en, Ungarn und Polen die bildungspolitischen Prioritäten ihres jeweiligen Vorsitzes vor. Die Kommission gab einen Überblick über den Umsetzungsstand zum strategischen Rahmen „ET 2020“, stellte die Mitteilung „Ein neuer Impuls für die europäische Zusammenarbeit in der beruflichen Aus- und Weiterbildung zur Unterstützung der Strategie Europa 2020“ vor und berichtete in diesem Zusammenhang über die geplante Weiterentwicklung des Kopenhagen-Prozesses.

EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE VERHANDLT IN ZWEITER INSTANZ ÜBER KRUIFIXVERBOT IN SCHULEN

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) verhandelt in zweiter Instanz über ein Kruzifixverbot in staatlichen Schulen, nachdem er im November 2009 erstinstanzlich entschieden hat, dass das obligatorische Anbringen von Kruzifixen in Klassenräumen staatlicher Schulen gegen die Europäische Menschenrechtskonvention verstößt (vgl. EB 19/2009). Nach Erlass des erstinstanzlichen Urteils hatte Italien die Verweisung an die Große Kammer des EGMR beantragt, die in zweiter und somit letzter Instanz frühestens Anfang 2011 über ein Kruzifixverbot entscheiden wird.

Geschäftsbereich Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst

BELGISCHE RATSPRÄSIDENTSCHAFT: SCHWERPUNKTE AUS DEM BEREICH DES STMWFK

Die belgische Ratspräsidentschaft stellt die Umsetzung der Strategie 2020 in den Mittelpunkt: Die Förderung eines nachhaltigen, sozial integrativen und dauerhafteren Wachstums, basierend auf Innovation und der Notwendigkeit Wettbewerbsfähigkeit. Als konkrete Maßnahmen wurden die Entwicklung von neuen adäquaten Indikatoren zur Realisierung eines Europäischen Forschungsraums angekündigt, die Effizienzsteigerung der Kooperationsforschung, die Gemeinsame Programmplanung und der Abbau von Hindernissen der Forschermobilität.

Für den Bereich der Kultur zielt die Präsidentschaft auf eine Betonung der Rolle der Kultur bei der Bewältigung von wirtschaftlichen und sozialen Krisen – basierend auf der Anerkennung und Förderung von dynamischen und unterschiedlichen Kulturen.



FEIERSTUNDE DES EUROPÄISCHEN FORSCHUNGSRATES (ERC) IN MÜNCHEN

EU-Forschungskommissarin *Máire Geoghegan-Quinn* ließ es sich nicht nehmen, am 24.06.2010 die 1000. Förderzusage des ERC persönlich der LMU-Kinderärztin *Prof. Erika von Mutius* zu überreichen. Bei dem ersten Deutschlandbesuch der Kommissarin waren Frau Bundesministerin *Schavan* und der bayerische Wissenschaftsminister *Heubisch* zugegen und betonten einvernehmlich den hohen Stellenwert der Exzellenzförderung.

Geschäftsbereich Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit

BELGISCHE RATSPRÄSIDENTSCHAFT: PRIORITÄTEN AUS DEM GESCHÄFTSBEREICH DES STMUG

Unter den übergeordneten Schwerpunkten „Nachhaltiges Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit“ und einer „grünen – kohlenstoffarmen Wirtschaft“ stehen vier umweltthematische Schwerpunkte im Zentrum der belgischen Präsidentschaft: Klimawandel, Artenvielfalt, nachhaltiges Rohstoffmanagement und bessere Instrumente für die Umweltpolitik. Im Fokus soll dabei die Fortführung bzw. bessere Umsetzung bereits bestehender legislativer Vorgaben stehen. Die im Bereich der Gesundheitspolitik vorgesehenen Aktivitäten der zwölften belgischen Ratspräsidentschaft stehen unter dem Motto „Solidarität und Innovation“. Belgien wird generell keine neuen Schwerpunkte setzen, sondern die Arbeiten seiner Vorgänger fortführen. Im Bereich der Gesetzgebung zur Lebensmittelsicherheit liegt der Schwerpunkt der neuen Ratspräsidentschaft auf der Fortsetzung der Arbeiten zum Verordnungsvorschlag betreffend die Information der Verbraucher über Lebensmittel (Lebensmittelkennzeichnung) und auf der Erzielung einer Einigung mit dem EP über eine Verordnung über neuartige Lebensmittel

EP-PLENUM VOM 05. – 08.07.2010: ERGEBNISSE AUS DEM BEREICH UMWELT UND GESUNDHEIT

Das EP-Plenum hat auf seiner Tagung vom 05. – 08.07.2010 in Straßburg u. a. in zweiter Lesung Entschlüsse zur Neufassung der Richtlinie über Industriemissionen und zum Erlass der Verordnung über neuartige Lebensmittel angenommen.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=REPORT&reference=A7>



[-2010-0145&language=DE#title1](#)

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=REPORT&reference=A7>

[-2010-0152&language=DE&mode=XML](#)

ERGEBNISSE DES AGRARRATES AM 29.06.2010 IN LUXEMBURG

Auf ihrer Sitzung in Luxemburg am 29.06.2010 haben die Agrarminister u. a. die Richtlinie über Qualitäts- und Sicherheitsstandards für zur Transplantation bestimmte menschliche Organe angenommen. Vgl. zu den weiteren Ergebnissen des Agrarrates, wie z. B. der gescheiterten Zulassung von sechs GVO-Maislinien, den Beitrag des StMELF in diesem EB.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/lisa/115529.pdf

EINGESCHRÄNKTER PATENTSCHUTZ BEI GV-PFLANZEN

Der EuGH hat in einer Entscheidung vom 06.07.2010 (C-428/08) den Patentschutz auf genetisch veränderte Pflanzen eingeschränkt. Er folgte damit der Empfehlung des Generalanwalts (s. auch EB 05/10). In der Konsequenz darf Monsanto in der EU die Vermarktung eines spezifischen Sojamehls nicht verbieten. Der EuGH wies zudem darauf hin, dass die EG-Richtlinie über den rechtlichen Schutz biotechnologischer Erfindungen einer weitergehenden nationalen Regelung entgegenstehe, die eine patentierte DNA-Sequenz als solche und unabhängig davon schütze, ob sie ihre Funktion erfülle oder nicht (s. hierzu Beitrag des StMJV in diesem EB).

www.curia.eu

KONSULTATION ZUR RICHTLINIE ÜBER DIE UMWELTVERTRÄGLICHKEITSPRÜFUNG

Die Kommission hat am 28.06.2010 eine öffentliche Konsultation zur Vorbereitung der Revision der Richtlinie 85/337/EWG über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) bei öffentlichen und privaten Projekten eröffnet. Gegenstand der inzwischen 25 Jahre alten UVP-Richtlinie ist die umfassende Berücksichtigung aller Umweltbelange bei Vorhaben, die möglicherweise erhebliche Auswirkungen auf die Umwelt haben, wie z. B. die Errichtung von Industrieanlagen, Straßen, Pipelines, der Abbau von Bodenschätzen oder aber auch der Bau von Anlagen für Fremdenverkehr und Freizeit. Die Kommission plant auf der Basis der Ergebnisse der Konsultation im kommenden Jahr einen entspre-



chenden Revisionsvorschlag für die UVP-Richtlinie vorzulegen. Die Konsultation endet am 24.09.2010.

Konsultation:

<http://ec.europa.eu/environment/consultations/eia.htm>

Hintergrundinformationen über die UVP-Richtlinie:

<http://ec.europa.eu/environment/eia/home.htm>

SIEBTES BRÜSSELER VETERINÄRFACHGESPRÄCH

Am 29.06.2010 kamen auf europäischer Ebene tätige Experten aus dem Bereich des Veterinärwesens zum informellen Meinungsaustausch beim siebten Brüsseler Veterinärfachgespräch in der Bayerischen Vertretung zusammen. Auf Einladung von MdEP *Dr. Horst Schnellhardt* (EVP/CDU), des Milchindustrie-Verbandes und der Bayerischen Vertretung wurde das seit 2003 alljährlich stattfindende Treffen in traditioneller Weise fortgesetzt. Herr Ministerialdirektor *Michael Höhenberger* ging in seiner Eröffnungsrede v. a. auf die Akkreditierung von Trichinenuntersuchungsstellen nach der Verordnung (EG) Nr. 882/2004 ein und betonte, dass die Kommission sich für Erleichterungen bei der Akkreditierung kleiner Untersuchungsstellen einsetzen müsse. *Dr. Schnellhardt* berichtete über aktuelle tierärztliche Themen aus dem EP. An der nachfolgenden Diskussion nahmen Vertreter der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA), der Generaldirektion SANCO der Kommission, der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der EU und aus Fachverbänden teil.

NEUE EU-ETIKETTIERUNGSREGELN UND EU-BIO-LOGO AB 01.07.2010 IN KRAFT

Am 01.07.2010 traten neue EU-Vorschriften zur Etikettierung von biologischen Lebensmitteln in Kraft (s. auch EB 03/10). Verpackte Bio-Produkte, die in der EU hergestellt wurden, sind dann zwingend mit dem neuen Bio-Logo zu kennzeichnen. Für nicht-verpackte und importierte Erzeugnisse ist die Etikettierung freiwillig. Regionale, private und nationale Gütesiegel dürfen weiterhin parallel verwendet werden. Zusätzlich schreiben die neuen Kennzeichnungsvorschriften vor, dass verbindlich Angaben zum Ort der Erzeugung sowie der Code-nummer der Zertifizierungsstelle, die für die Kontrollen zuständig war, gemacht werden müssen. Die Übergangsfrist, um den Vorschriften nachzukommen, beträgt zwei Jahre.



Das neue EU-Bio-Logo:



<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/861&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Geschäftsbereich IuK- und Medienpolitik

BELGISCHE RATSPRÄSIDENTSCHAFT: SCHWERPUNKTE AUS DEM GESCHÄFTSBEREICH DER IUK- UND MEDIENPOLITIK

Im Rahmen der Ratsarbeitsgruppensitzung „Kultur und Audiovisuelle Medien“ am 15.06.2010 wurde das Arbeitsprogramm der Belgischen Ratspräsidentschaft erläutert. Zu den Schwerpunkten bei der IUK- und Medienpolitik gehören im Bereich Audiovisuelles insbesondere die öffentliche Unterstützung des Kinos bzw. ein Gesamtansatz für das europäische Kino. Zudem sind zum Schutz und zur Bewahrung des audiovisuellen Erbes Ratsschlussfolgerungen vorgesehen. Am 18.11.2010 soll sich der Rat für Bildung, Jugend und Kultur mit der Digitalen Agenda befassen. Die Vorsitzenden der Gruppe „Geistiges Eigentum“, sowie die Vorsitzenden der Ratsarbeitsgruppe „Telekommunikation und Informationsgesellschaft“ sollen dazu eingeladen werden, da die Kommission für September ein Programm zum Funkfrequenzspektrum angekündigt hat. Digitaler Rundfunk und Fernsehen, sowie sprachliche, kulturelle und mediale Vielfalt sollen dabei besondere Berücksichtigung finden.

<http://www.eutrio.be/>

RICHTLINIE ÜBER AUDIOVISUELLE MEDIENDIENSTE IN ZWÖLF MITGLIEDSSTAATEN NICHT VOLLSTÄNDIG UMGESETZT

Am 24.06. 2010 hat die Kommission zwölf EU-Mitgliedsstaaten dazu aufgefordert, die Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste (AVMD-Richtlinie) vollständig umzusetzen. Betroffen sind Estland, Finnland, Griechenland, Litauen, Luxemburg, Lettland, Österreich, Polen, Portugal, Slowenien, Ungarn und Zypern. Die betroffenen Staaten wurden nun dazu aufgefordert, binnen zwei Monaten entsprechende Maßnahmen zur Umsetzung zu ergreifen. Andernfalls könnte die Kommission beim EuGH ein Verfahren gegen sie einleiten.

http://ec.europa.eu/avpolicy/reg/tvwf/index_de.htm



ÖFFENTLICHE ANHÖRUNG IM EP ZU GEFAHREN UND CHANCEN DES INTERNETS

Am 24.06.2010 fand im EP eine öffentliche Anhörung des Ausschusses für Kultur und Bildung zum Thema „Das Internet: ein lehrreiches Hilfsmittel“ statt. Dabei wurden von verschiedenen Wissenschaftlern, Vertretern der Zivilgesellschaft und der Kommission sowie Abgeordneten die Chancen und auch die Risiken des Internets bei der Ausbildung, insbesondere von Kindern und Jugendlichen in Schule und Studium diskutiert.

KOLLOQUIUM IN MONS UND FILMFESTIVAL IN BRÜSSEL: BELGISCHE RATSPRÄSIDENTSCHAFT WILL EUROPÄISCHES KINO UNTERSTÜTZEN

Eine Priorität des belgischen Ratsvorsitzes im Bereich audiovisuelle Medien ist die Unterstützung des europäischen Kinos. Während des alljährlich in Brüssel stattfindenden europäischen Filmfestivals (23.06. – 30.06.2010) hatte Belgien deshalb am 28.06.2010 in einer Sitzung mit Vertretern der Kommission und des EP über eine öffentliche Initiative zur Unterstützung des Kinos in Europa gesprochen. Bei einem Kolloquium in Mons von 04. – 06.07.2010 zum Thema „Von der Richtlinie für audiovisuelle Mediendienste zur Filmkommunikation: Wege zu einem globalen und einheitlichen Ansatz der europäischen Filmwirtschaft“ wurde sowohl über die Unterstützung, die allen Bereichen der Filmproduktion zugutekommen soll, als auch über die Digitalisierung des Kinos diskutiert.

<http://www.fffb.be/>

<http://www.europarl.de/view/de/Aktuell/pr-2010/Aktuell-2010-Juni/Aktuell-2010-Juni-21.html>

<http://www.eutrio.be/>

NEUE ROAMING-VERORDNUNG IN KRAFT GETRETEN

Die neue Deckelung für Roaming-Gebühren ist am 01.07.2010 in Kraft getreten. Von nun an kosten abgehende Mobilfunkgespräche im europäischen Ausland pro Minute maximal 39 Cent zzgl. MwSt. und eingehende Anrufe maximal 15 Cent zzgl. MwSt. (vorher 43 bzw. 19 Cent). Ab Juli 2011 sollen die Höchstarife ein weiteres Mal gesenkt werden und zwar auf 35 bzw. 11 Cent pro Minute. Der EuGH hatte am 08.06.2010 die Rechtswirksamkeit der europäischen Roaming Verordnung bestätigt, gegen die mehrere europäische Mobilfunkbetreiber geklagt hatten (EB 11/2010).



http://ec.europa.eu/information_society/activities/roaming/index_en.htm

KOMMISSION LEITET KONSULTATION ZU NETZNEUTRALITÄT EIN

Am 30.06.2010 leitete die Kommission eine Konsultation zur Netzneutralität ein. Das Thema ist von zentraler Bedeutung für die europäische Digitale Agenda, da viele der dort definierten Ziele von der Existenz eines offenen und neutralen Internets abhängen. Im Anschluss an die Konsultation ist ein Kommissionsbericht zur Netzneutralität in Aussicht gestellt, der Ende des Jahres präsentiert werden soll. Alle Interessenten – Anbieter von Inhalten und Dienstleistungen, Konsumenten, Unternehmen und Forscher – können sich bis 30.09.2010 an der Konsultation beteiligen.

http://ec.europa.eu/information_society/policy/ecommlibrary/public_consult/index_en.htm

FINNEN HABEN RECHT AUF INTERNETZUGANG

Als einziges Land der Welt gewährt Finnland seinen Einwohnern ein Recht auf Internet. Seit 01.07.2010 muss jedem finnischen Bürger bei der Übertragung von Daten eine Mindestgeschwindigkeit von 1 Megabit pro Sekunde garantiert werden. Die Unternehmen sind dementsprechend verpflichtet (Universaldienst), jedem Kunden an egal welchem Wohnort in Finnland einen Breitbandanschluss anzubieten.

DEUTSCHLAND DROHT KLAGE WEGEN FEHLENDER KONSULTATION ZU PREISKONTROLLVORSCHRIFTEN IM MOBILFUNKBEREICH

Am 24.06.2010 hat die Kommission Deutschland im Rahmen eines vor einem Jahr eingeleiteten Vertragsverletzungsverfahrens in einem zweiten Mahnschreiben zur Einhaltung des EU Konsultationsmechanismus bei der Festsetzung von Mobilfunkzustellungsentgelten aufgefordert. Kommt Deutschland dem nicht innerhalb von zwei Monaten nach, droht eine Klage vor dem EuGH.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/804&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>